WS 3HS oOOI - 258/88

Sachverhaltes" gemäß § 12 Abs. 2 setzt voraus:

- a) Das Vorliegen eines Sachverhalts, durch den die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich gefährdet wird.

"Erheblich gefährdend ist ein Sachverhalt, wenn das Leben oder die Gesundheit von Bürgern gefährdet ist oder Handlungen begangen werden, die in grober Weise das sozialistische Zusammenleben der Bürger stören."**'

Diese Charakterisierung der Erheblichkeit eines Sachverhaltes schließt ein, daß sowohl strafrechtlich als auch anders rechtlich relevante Handlungen, insbesondere wenn sie im Rahmen subversiver Tätigkeit begangen werden oder deren subversives Wesen nicht auszuschließen ist, stets erheblich gefährdend im Sinne der Befugnisregelung des § 12 Abs. 2 Satz 2 sind. Sie gestatten immer Maßnahmen der Gefahrenabwehr nach dem VP-Gesetz.

Nicht jede dem MfS bekannt werdende politisch-operativ bedeutende Information ist aber gleichermaßen eine Information über einen die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich gefährdenden Sachverhalt. Das ist u. a. bei Handlungen in Form von Ordnungswidrigkeiten der Fall.

Bei erheblich gefährdenden Sachverhalten in Gestalt von Ordnungswidrigkeiten ist es deshalb besonders wichtig, das Vorliegen erheblicher Gefahren herauszuarbeiten, die Maßnahmen zu deren Abwehr erforderlich machen. Besteht eine solche erhebliche Gefahr nicht, kann bei Ordnungswidrigkeiten keine Zuführung erfolgen, da § 24 Abs. 3 OWG die zwangsweise Vorführung von Personen als Maßnahme zur Sicherung der Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten für das Ordnungsstrafverfahren verbietet.¹

¹ vgl. Schriftenreihe Grundwissen des Volkspolizisten - Pflichten und Befugnisse - 1982, a. a. O., S. 69